

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 60 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Zur Wiederwahl des Herrn Stadtschulraths Dr. Krosta

Gelegentlich der letzten Reichstagswahl hat man in weiten Kreisen der Bürgerchaft wiederholt die Verwunderung Ausdruck gegeben, wie es wohl zu erklären sei, daß ein Mann von der Vergangenheit Altharolds doppelt und noch dazu mit so überwältigenden Majoritäten zum Reichstagsabgeordneten gewählt werden konnte. Wir waren nie Fremde Altharolds und denken nicht im Entferntesten daran, für den Berliner Vektor a. D. eine Vase zu brechen, um seine Wähler für ihre Stimmabgabe zu rechtfertigen. Dagegen möchten wir unsere Mitbürger daran erinnern, daß wir in unserer allerersten Nähe, nämlich in Stettin selbst, vor einer ähnlichen Erscheinung stehen, die an Rührseligkeit der Wahl Altharolds zum Reichstagsabgeordneten nichts nachgibt; wir meinen die Wiederwahl des Herrn Stadtschulraths Dr. Krosta.

Der Direktor des Stadtgymnasiums, Herr Professor Dr. Kente, welcher zugleich Mitglied der Stadtschuldeputation ist, hat sich über die Art, wie Herr Dr. Krosta mit der Wahrheit umspringt, wiederholt sehr indigniert geäußert. Der Direktor a. D. Siebert ist seiner Zeit anlässlich eines Ehrenfalls aus der Stadtschuldeputation ausgeschieden, weil er mit einem Manne, wie dem Stadtschulrath Dr. Krosta, nicht länger zusammen wirken konnte. Der frühere Direktor des Königl. Wilhelm-Gymnasiums, Herr Prof. Dr. Wuff, hat in einem Falle, in welchem Herr Dr. Krosta ihm despektirte Anmerkungen über drei hiesige Regierungsschulrathsangelegenheiten machte, die Lehrer seiner Anstalt ermächtigt, überall zu erklären: die von Herrn Dr. Krosta ihm zugeschriebenen Anmerkungen seien absolut unwahr. Das Herr. Beweis- und Zeugematerial befindet sich in unseren Händen.

Dazu kommen die Vorwürfe der Unwahrheit, der Verleumdung und der Protection eines widerwärtigen Denunziantentums, welche in der hiesigen Presse, in der öffentlichen Stadtverordneten-Versammlung und in einer öffentlichen Bürger-versammlung gegen Herrn Dr. Krosta ausgesprochen worden sind, ohne daß derselbe den Weg der gerichtlichen Klage beschritten hätte, um sich davon zu reinigen. Ein städtischer Schulrath und königlicher Volksschulinspektor darf so schwere öffentliche Vorwürfe nicht auf sich laden lassen, weil sonst das Vertrauen zu den Behörden in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung erschüttert wird. Herr Dr. Krosta war aber, wie der Prozeß „Biermann-Krosta“ erweist, außer Stande, sich gegen die ihm gemachten Vorwürfe zu rechtfertigen, denn dieser Prozeß hat die ihm seit Jahren gemachten Vorwürfe a k t e m bestätigt. Herr Dr. Krosta hat bekanntlich unter seinen Untergebenen, den Lehrern Biermann, in Gegenwart zahlreicher Berufsgenossen desselben die Verleumdung gethan, „dieselbe habe wegen unerlaubter Wahlagitation von dem Vorjahren das Wahlvorstands einen öffentlichen Verweis erhalten, dies sei ihm zu den Akten berichtet worden“. Die gerichtliche Verhandlung hat ergeben, daß der Lehrer Biermann sich unerlaubter Wahlagitation nicht schuldig gemacht hat, daß er desfalls einen Verweis nicht erhalten hat, und daß dem Herrn Stadtschulrath darüber zu den Akten nichts berichtet worden war. Herr Dr. Krosta wurde deshalb am 8. April 1891 wegen Verleumdung des Lehrers Biermann zu 30 Mark Geldstrafe eventuell zu 6 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Herr Dr. Krosta hat ferner in Gegenwart von Berufsgenossen des Lehrers Biermann letzteren als „Lügner“ bezeichnet. Wir waren an sich wohl geneigt, Jedem den Gebrauch eines solchen Schimpfwortes nach einer durchschauten Nacht nicht allzu hoch anzurechnen. Allein Herr Dr. Krosta hat viele Monate später bei hiesigen Verleumdungen und nach reichlicher Überlegung in der öffentlichen Gerichtsverhandlung die Verleumdungen fortgesetzt und den Lehrer Biermann „unwahres Wesen“ vorgevorien und ihn als einen Mann bezeichnet, der „sich selbst belügt“. Der Lehrer Biermann forderte ihn auf, dies zu beweisen; der Stadtschulrath schwieg. Er ist nicht im Stande gewesen, dem Lehrer Biermann die geringste Unwahrhaftigkeit nachzuweisen; letzterer ist vielmehr aus den zahlreichen Gerichtsverhandlungen als ein Mann von völlig mangellosem Charakter hervorgegangen, der die Verleumdungen und Beschuldigungen durch seinen Vorgesetzten zu Unrecht erfuhr. Herr Dr. Krosta dagegen wurde durch das hiesige Landgericht von Neuem zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 10 Tagen Haft verurtheilt.

Als Herr Dr. Krosta zu der Erkenntnis gelangt war, daß der Prozeß zu seinen Ungunsten ablaufen müsse, machte er den Versuch, den Lehrer Biermann auf anderem Wege in seiner amtlichen Stellung zu erschüttern, nämlich durch den Antrag auf Entsetzung des Disziplinarverfahrens. Allein die bisherigen Personalakten des Lehrers Biermann ergaben für einen solchen Schritt keinerlei geeignetes Material. Der Lehrer Biermann hatte vielmehr — außer Lobeserhebungen aus dem Munde des Rectors Kente und des Herrn Dr. Krosta selbst — im August 1890, also kurz vor Abhängigmachung der gerichtlichen Klage, die besondere Auszeichnung erfahren, daß ihm durch die Stadtschuldeputation die Stellvertretung des für längere Zeit erkrankten Rectors Kente übertragen wurde, obgleich ältere Kollegen an der Anstalt vorhanden waren. In dieser Vertretung ließ der Herr Stadtschulrath vom Rector Kente einen nachträglichen Bericht zu dessen Personalakten anfertigen, so daß letztere, wie das königliche Landgericht später feststellte, von dieser 14 auf 58 Seiten anwuchs. Doch auch dieses Verfahren, welches in der Disziplinar-Anmahnung des Beamten einzig dastehen dürfte, schlug vollständig fehl, weil die königliche Regierung auf Grund der eingereichten Personalakten keinen Anlaß fand, gegen den Lehrer Biermann das Disziplinarverfahren einzuleiten. Auch von dem königlichen Landgericht wurden diese nachträglich angefertigten Personalakten als beweisenunfähig von vornherein von der Gerichtsverhandlung ausgeschlossen.

Ein Vorgesetzter, welcher einem völlig ungeschulten Untergebenen gegenüber ein solches Verfahren einschüßelt, besitzt in keinem Falle diejenigen moralischen Eigenschaften, welche eine solche Vorgesetzten-Stellung zu einem monarchischen Staate erfordert.

Aber auch die Art und Weise, in welcher Herr Dr. Krosta mit seinen Untergebenen zu verfahren pflegt, läßt ihn für die Stellung eines

Vorgesetzten völlig ungeeignet erscheinen. Selbst jüngere Lehrer dürfen bei ihm Denunziationen der bedeutendsten Art, sogar gegen Stadtverordnete, mündlich oder schriftlich vorbringen, ohne daß dieselben amtlich auf ihre Wahrheit geprüft werden. In dem Prozeß „Biermann-Krosta“ sind solche unkontrollierten Zuträgereien verbittertemassen dem Stadtschulrath selbst verhängnisvoll geworden. Der „Pädagogische Verein“, felsen Angedenkens, welcher die besondere Protection des Stadtschulraths genoß, wurde in der Bürgerversammlung vom 1. Juli 1889 in Gegenwart von Mitgliedern des Vereins, z. B. des Rectors Kage, als „Denunziantenklub“ bezeichnet und ist an dem Denunziantentum zu Grunde gegangen. Als dem Stadtschulrath Balsam, dem Vorgänger des Herrn Dr. Krosta, einer seiner Untergebenen einen Hauptlehrer denunziieren wollte, richtete jener die Frage an denselben: „Wollen Sie mir eine amtliche Anzeig machen?“ In diesem Falle muß ich die Sache untersuchen, doch private Zuträgereien verbitte ich mir.“ Herr Dr. Krosta nimmt nicht nur unkontrollierte Denunziationen in seine Akten auf, sondern scheidet sich nicht, dieselben zu Ungunsten seines Gegners zu entstellen, wie auch der Fall des Herrn Stadtverordneten Dr. K. o. l. i. s. h. beweist, welcher letztere die gegen ihn erhobenen denunziatorischen Anschuldigungen als „Verleumdung“ bezeichnet hat.

Daß Herr Dr. Krosta bei solcher Amtsführung das Vertrauen und die Achtung seiner Untergebenen nicht im wünschenswerthen Maße genießt, ist selbstverständlich, wenn wir von demjenigen kleinen Theile der Stettiner Lehrerschaft absehen, welcher aus ähnlicher Veranlagung oder aus Dankbarkeit für Beförderung und mehr oder weniger reichlichen Nebenverdienst, also aus rein egoistischen Gründen die Augen verschließt und den Anspruch Schopenhauers zu bewahren bestrebt ist:

„Gedanken und Wille willst du verschweigen,
Um die Menschen dir zuzuwenden?“

Sie kommen in Scharen dir zugehauen.“

Als der Stettiner Lehrerverein, welcher über 170 Mitglieder zählt, das patriotische Festspiel „Hohenhausen“ „Hohenzollern“ zur Aufführung brachte, da bemerkten wir unter den Mitgliedern des Komitees die angesehenen Namen der Stadt, auch die sämtlichen Gymnasialdirektoren. Der Name des städtischen Schulraths fehlte, ihn hatte man übergehen. Zeigt dies von Vertrauen und Achtung der Untergebenen? Als der „Allgemeine deutsche Volksbildungs-Verein“ in Stettin tagte, wählte man nicht, Herrn Dr. Krosta einzuladen, ausgesprochenermaßen um nicht die Lehrerschaft abzuschrecken. Als im letzten Frühjahr 2 städtische Lehranstalten, das Stadt-Gymnasium und das Schiller-Gymnasium, gemeinsam die 25jährige Feier ihres Bestehens begehen wollten, wurde Herr Dr. Krosta trotz des Vorschlages des Herrn Stadtraths Dr. W. o. l. f. von den zur Vorbereitung versammelten Lehrern als Komiteemitglied zurückgewiesen, sodaß der Magistrat an der Jubiläumfeier seiner eigenen Anstalten sich nicht betheiligen konnte.

Bei einer Jubiläumfeier zu Anfang seiner Wirksamkeit in Stettin trat bekanntlich Herr Dr. Krosta in seiner Eigenschaft vor den versammelten Lehrern den dankwürdigen Ausdruck: „Meine Herren, wenn es mir nicht gelingt, das Vertrauen der Stettiner Lehrerschaft zu gewinnen, so ziehe ich mich gern in die bescheidene Stellung eines Gymnasialoberlehrers wieder zurück.“ Wie ist Herr Dr. Krosta nach den oben geschilderten Vorgängen das Vertrauen der Stettiner Lehrerschaft? Warum schüttelt er nicht den Stettiner Staub von seinen Füßen und hält als Mann das einmal gegebene Wort?

Der Lehrer Biermann hat in einer kürzlich dem Gesamtministerium eingereichten Beschwerde schriftlich, wie folgt, sich geäußert: „Ueber die Glaubwürdigkeit, die Objektivität und den Gerechtigkeitsinn des Herrn Schulraths und königlichen Volksschulinspektors Dr. Krosta erlaube ich mir zu bemerken, daß derselbe wegen unwahrer und beleidigender Äußerungen über einen seiner Untergebenen, den völlig unbescholtenen Gemeindevorstand Biermann, eine zweimalige gerichtliche Verurteilung erfahren hat.“ Für diese so verlegene und ehrenrührige Äußerung eines Untergebenen über seinen Vorgesetzten hat erstere in dem Amtswortschreiben der hiesigen königlichen Regierung nicht den leisesten Tadel erfahren; denn auch die königliche Regierung füßt sich außer Stande, einem beratenden Vorgesetzten durch ihre Autorität das Vertrauen und die Achtung seiner Untergebenen zu verschaffen.

Es ist wohl denkbar, daß in dem Reichsstaate Preußen ein Vorgesetzter an seine Untergebenen, welche eine harmlose Petition wegen Beförderung der Hauptlehrstellen an den hiesigen Magistrat gerichtet hatten, die entwürdigende Zustimmung stellt, sie müßten nachträglich ihre Unterschrift zurückziehen, wenn sie im Betragen das Prädicat „guter“ erhalten wollten? Ist es nicht eine direkte Ausbeutung der Notlage, wenn der jetzige Rector Bachhaus, welcher zum Rector von diesem Prädikat bewurde, sich chaischlich zur Zurückziehung seiner Unterschrift bequemen mußte? Sind die Bestimmungen der preussischen Verfassung, welche jedem Unterthanen das Petitionsrecht garantieren, dem städtischen Schulrath so wenig heilig, daß er sie nicht achtet, wenn es sich um seine Untergebenen handelt, zu verletzen wagt? Aber nicht nur die verfassungsmäßigen Rechte der Lehrer, sondern auch die Rechte ihrer Votanten hat Herr Dr. Krosta in zahlreichen Fällen mißachtet und verletzt, ja an den städtischen Gymnasien hat er sich solche Ungehörigkeiten seiner amtlichen Befugnisse erlaubt, daß er von dem Kultusminister von Götter einen Verweis erhielt. Dagegen giebt es in Stettin noch manche Bürger, welche der Meinung sind, daß nur die Unzufriedenheit mit den Gehältern die Mehrzahl der Lehrer zu Feinden des Stadtschulraths gemacht habe. Die Betreffenden thun damit der Stettiner Lehrerschaft großes Unrecht; denn wenn auch die Gehaltsfrage selbstverständlich, wie für andere Beamte, so auch für die Lehrer eine wichtige Rolle spielt, so wird doch jeder, welcher den sogenannten Stettiner Schulkreis auch nur mit einiger Objektivität und Aufmerksamkeit verfolgt hat, zugeben müssen, daß es sich dabei für die Lehrerschaft in erster Linie um ideale Güter gehandelt hat.

Herr Dr. Krosta und seine Gefolgschaft sind freilich von Anfang an bestrebt gewesen, bei jeder

Abend-Ausgabe.

Gelegenheit die Meinung zu verbreiten, als ob die Stettiner Lehrerschaft zu ihrem Vorgänger, dem Stadtschulrath Balsam, in demselben feindseligen Verhältnisse gestanden habe. Dies ist jedoch eine direkte Unwahrheit. Denn wann wären gegen den Stadtschulrath Balsam, sei es privatim oder öffentlich, jemals die Vorwürfe der Unwahrheit und der Beschuldigung eines widerwärtigen Denunziantentums erhoben worden? Wann hätten Stettiner Lehrer auch nur daran gedacht, den Stadtschulrath Balsam von irgend welchen Veranlassungen der Lehrer auszuschließen? Gerade am Ende seiner ersten Amtsperiode, wo man Balsam genügend kannte, fand die große Philosophenversammlung statt, bei welcher derselbe in völliger Eintracht mit Lehrern und Direktoren merkwürdig thätig war und durch sein bescheidenes und liebenswürdiges Auftreten noch heute in der angenehmsten Erinnerung aller Theilnehmer fortlebt. Daß auch der Stadtschulrath Balsam einzelne Gegner und Feinde gehabt hat, ist selbstverständlich, doch ein Kampf der Stettiner Lehrerschaft hat niemals gegen ihn stattgefunden; und wenn Herr Dr. Krosta es vor Zungen ausgesprochen hat, die Stettiner Lehrer hätten Balsam „totgeschüttelt“, so ist diese Aussage schon in den Artikeln der „Stettiner Zeitung“ über die Verfassungsmäßigkeit des Stettiner Volksschulraths „Befehlungsplanes“ vom August 1889 hinreichend gekennzeichnet worden. In der Nacht nach der 50jährigen Jubiläumfeier des Lehrers K. e. i. s. t. o., welche bekanntlich den Prozeß „Biermann-Krosta“ gereizt hat, brachte Herr Dr. Krosta wiederholt die Unterhaltung auf seinen Amtsvorgänger und sprach sich über dessen Verhältnisse zu den Lehrern in dem oben erwähnten Sinne aus. Die Lehrer traten warm für Balsam ein und wiesen zum Beweise für das gute Verhältniß zwischen ihnen und ihrem Vorgesetzten darauf hin, daß die Lehrer nach seinem Tode aus eigenem Antriebe für ein würdiges Grabdenkmal gesammelt hätten. Herr Dr. Krosta entgegnete kalten Herzens, auf der Sammelliste habe doch einer der Lehrer 000 gezeichnet, und theilte den Lehrern mit, daß Balsam sich „totgeschüttelt“ habe, was diesen bis dahin unbekannt war. In dieser Weise verkehrt der städtische Schulrath und königliche Volksschulinspektor, Herr Dr. Krosta, mit seinen Untergebenen!

In Handwerkerkreisen hat man in letzter Zeit zuweilen Befriedigung darüber geäußert, daß die Stettiner Handwerker durch Uebernahme von Arbeiten und durch Uebernahme der Kosten für die Innungsgebühren auf die Kammereikasse seitens des Stadtschulraths begünstigt worden seien. In anderen Kreisen hat man es demselben zu großem Verdienste angerechnet, daß er die Lehrervergütung in Stettin so hoch bemessen habe, wie in keiner anderen Stadt Deutschlands, selbst nicht in Berlin. Kommen denn aber materielle Vortheile, welche einzelnen Bevölkerungsklassen zugetheilt werden, den Ausschlag geben in einer Frage, in welcher es gilt, einen Mann an die Spitze des städtischen Schulwesens zu stellen, welcher die hohen sittlichen Eigenschaften besitzen soll, um Hunderten von Lehrern und Lehrern, Tausenden von Schülern und Schülerinnen als Vorbild zu dienen? Es ist ein bekannter Ausspruch der Sozialdemokratie, daß die in Staat und Gesellschaft herrschenden Kräfte die Gebote der Sittlichkeit und Moral nur von den niederen Volksschichten beobachtet wissen wollen, daß sie selbst jedoch sich darüber erhaben fühlen und dieselben in jedem Falle verletzen, wo irgend ein persönliches Interesse in Frage steht. Die Wiederwahl des Herrn Dr. Krosta zum städtischen Schulrath würde die Stettiner Stadtverordnetenversammlung als eine Beförderung erscheinen lassen, welche für die Gebote der Sittlichkeit in der That kein Verständnis besitzt, und die Wahl Altharolds zum Reichstagsabgeordneten geradezu in Schatten stellen; denn die Wähler Altharolds sind in ihrer überwältigenden Majorität unwissende und ungebildete Landleute, die Wähler des Herrn Dr. Krosta dagegen gehören den gebildeten Bevölkerungsschichten der Provinzialhauptstadt Pommerns an.

Deutschland.

Berlin, 5. November. Der Kaiser fehrte am gestrigen Nachmittage mit den Herren Flügel-Adjutanten dem Dienst, nach Aushebung der Tafel im Regimentsstabe des ersten Garde-Regiments a. B., von dort zu Wagen wieder nach dem Neuen Palais zurück. Während der Nachmittagsstunden arbeitete der Monarch dann im Neuen Palais längere Zeit allein.

Deute hatten der Kaiser und die Kaiserin sich gegen 10 Uhr zum Gottesdienste vom Neuen Palais nach Potsdam begeben.

Die Kaiserin Friedrich begab sich heute Vormittag mit dem fahplanmäßigen Zuge um 11 Uhr 5 Minuten von Berlin nach Potsdam, wohin die Prinzessin Viktoria von Schleswig-Holstein, Tochter des Prinzen Christian, dieselbe begleitete. In Potsdam angekommen, begab sich die Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin Viktoria von Schleswig-Holstein zunächst nach der Friedenskirche, um im Mausoleum daselbst einige Zeit in stiller Andacht zu verweilen und am Morgen des Kaisers Friedrichs I. einen prachtvollen Beerdigung niederzulegen. Von Potsdam aus fuhr abends die Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin Viktoria zu Wagen nach Gut Bornst, woselbst ein längerer Aufenthalt genommen wurde. Am Nachmittage um 4 Uhr 50 Minuten erfolgte sodann die Rückkehr nach Berlin.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht folgende Kundgebung:

Nachdem Seine Hoheit der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein sowie Seine Hoheit der Herzog Friedrich Gerhard zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg den Wunsch zu erkennen gegeben haben, die Ständerechte des Herzogthums Schleswig-Holstein festzustellen, so will ich auf Grund der in dem Bescheid des Staatsministeriums vom 27. Mai d. B. erteilten geschäftlichen und rechtlichen Verhältnisse hierdurch anerkennen, daß das Herzogthum Schleswig-Holstein eine — gegenwärtig einen selbstständigen Zweig eines in Deutschland vormalig souveränen Staates bildet.

Neues Palais, den 3. Juli 1893.

Der Wortlaut der in Sachen eines antisermitischen Oberleutnants in Hannover ergangenen inhaltlich bereits erwähnten Verfügungen des

Provinzial-Schullegiums und des Kultusministers

ist nach dem „Hann. Kur.“ folgender:
1. Hannover, 12. August. Nach genauer Prüfung Ihrer am 1. v. M. abgegebenen und durch den Direktor der Anstalt vorgelegten Erklärung über die Unterzeichnung eines von der hiesigen, wie sie sich nennt, „deutsch-sozialen (antisemitischen)“ Partei erlassenen Wahlaufrufs haben wir Ihnen unter Hinweis auf § 2 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 aufzugeben, sich in Zukunft bei Ihrer Betheiligung an den staatlichen Wahlen aller Kundgebungen zu enthalten, welche Ihre einer anderen Religion angehörigen Schüler und damit deren Eltern zu verlegen und so das Vertrauen und die Achtung, welche Ihr Verdienst erfordert, zu schädigen geeignet sind. Königliches Provinzial-Schullegium, gez. Vicedirektor.

II. Berlin, 18. Oktober. Auf die Eingabe vom 26. August d. B. erwidere ich Ew. Wohlgeboren nach Prüfung der Sachlage, daß ich in Ihrer Mitunterzeichnung des mir vorgelegten Wahlaufrufs der deutsch-sozialen (antisemitischen) Partei einen Verstoß gegen § 2 des Gesetzes, betreffend Dienstvergehen nichtrichtiger Beamten, vom 21. Juli 1852 nicht finden kann und daher zu dem Hinweis auf § 2 des gedachten Disziplinargesetzes, welcher in der an Sie gerichteten Verfügung des königlichen Provinzial-Schullegiums daselbst vom 12. August d. B. angezogen ist, keine ausreichende Veranlassung sehe. Durch den Direktor des Realgymnasiums ist Ihnen bezeugt, daß Sie als pflichtgetreuer und gewissenhafter Lehrer Ihre dienstlichen Aufgaben mit Ernst erfüllen, daß Ihre politische Stellung auf Ihr dienstliches Verhalten keinen Einfluß übt, daß Sie in der Behandlung der Schüler zwischen christlichen und jüdischen Schülern keinen Unterschied machen, und daß Sie sich über ungleiche Behandlung jüdischer Schüler der Anstalt weder von diesen noch von den Eltern derselben bei dem Direktor geführte worden seien. Wenn ich dieses Zeugnis gern vernommen habe, so muß ich doch darauf hinweisen, daß die allgemeinen Bestimmungen, in welchen der Wahlaufruf von „jüdischen Gewissenlosigkeit und Geriebenheit“ redet, immerhin Anlaß dazu bieten können, daß das Vertrauen der jüdischen Eltern, welche ihre Kinder der Anstalt übergeben haben, auf die Unbefangenheit und Gerechtigkeit des mitunterzeichneten Lehrers gefährdet wird. Ich vertraue, daß Ew. Wohlgeboren bei künftigen Gelegenheiten auch diese Erwägung nicht außer Acht lassen werden. gez. Vosse.

Die vollständige Formierung der IV. Matrosen-Artillerie-Abtheilung, deren neuer Garnisonort Kuzhosen ist, wird erst am 15. November erfolgen, da an diesem Tage die zur Unterbringung der Mannschaften notwendigen Kasernen von der Bauverwaltung an die Marinebehörde erst übergeben werden. Vom 1. April ab bis zum 15. November waren nur zwei Kompanien dieser Abtheilung formiert, von denen die erste in Bürgerquartieren in Kuzhosen lag, während die zweite in Kette untergebracht war. Der kommandirte Stab der neuen Abtheilung wird folgender sein: Kommandeur Korvetten-Kapitän von Arndt; Adjutant Lieutenant a. S. Engels; Führer der Kompanien Kapitänleutnant Engel und v. Mittelstadt; Kompanie-Offiziere Lieutenant a. S. Rollmann, Pindler, Dettig; Stabsarzt Dr. Wilm. Am 1. November hat auf der Kieler kaiserlichen Werft die Indienststellung des neuen Panzerschiffes 1. Klasse „Wörth“ zum Zwecke von Probefahrten stattgefunden. Zum Kommandanten des Schiffes für die Dauer der Probefahrten ist Korvettenkapitän Stubenrauch ernannt worden.

Der „Köln. Ztg.“ zufolge hat das preussische Justizministerium im Hinblick auf die bei den Reichstagswahlen mehrfach zu Tage getretene Stimmung der bäuerlichen Bevölkerungskreise einen Gesetzentwurf gegen die Güterausföschung ausgearbeitet, der dem Landtage vorzulegen ist in der kommenden Tagung vorgelegt wird. Der „Köln. Ztg.“ schreibt weiter:

Ueber seinen Inhalt verlaute noch nichts Näheres, doch scheint soviel festzustellen, daß man sich dabei dem württembergischen Gesetze von 1851 anlehnt, das die Genehmigung der Verwaltungsbehörden für die Parzellierung von Grundstücken vorschreibt. Nach einer über eine vierjährige Periode hinausgehenden Geltungszeit des Gesetzes liegen Erfahrungen in genügendem Maße vor, die es gestatten, über seine Verdrängung ein Urtheil zu fällen; dieses Urtheil kann aber nur im wesentlichen günstig sein. Im Allgemeinen sind die Verwaltungsverordnungen, denen die Ertheilung der Genehmigung obliegt, geneigt, diese in liberaler Weise zu ertheilen; die Ägeln werden nur dann strenger angewandt, wenn sich in einer Gegend Wucherer niedergelassen haben, welche die Güterverfälschung gewerbmäßig betreiben. In solchen Fällen verlagern die württembergischen Verwaltungsbehörden diese Genehmigung regelmäßig. Eine Regelung des Gegenstandes scheint auch in Bayern geplant zu sein, doch ist es nicht wahrscheinlich, daß die Vorbereitung einer Gesetzesvorlage bereits soweit vorgeschritten ist wie in Preußen; das Bedürfnis wird für Bayern wohl in demselben Maße vorhanden sein wie für einige Provinzen Preußens. Durch die Novelle zum Wucherergesetz ist bekanntlich der Güterverkauf den strengen Vorschriften des § 35 Absatz 3 der Grundbuchordnung unterstellt worden, die Befugnis zu seinem Vertriebe kann hiernach solchen Personen wohl entzogen werden, über die Thatfachen vorliegen, aus denen zu entnehmen ist, daß sie nur eine wucherischen Zwecken dienende Güterverfälschung betreiben.

In der neuesten Statistik der Reichstagswahlen haben wir über die Wirkung des Instituts der Stichwahlen folgende Ergebnisse festgesetzt: Es haben im Ganzen 180 Stichwahlen, also nahezu bei der Hälfte aller Wahlen, stattgefunden, davon sind 117 eben so ausgefallen, wie wenn bereits die relative Mehrheit des ersten Wahlgangs entschieden hätte; 63 Stichwahlen haben aber im Vergleich zu der Majorität der Hauptwahl ein anderes Ergebnis gehabt und die im Wahlkreis stärkste Partei von der Vertretung ausgeschlossen. Es ergibt sich ferner, daß den weitesten Schaden von dem Institut der Stichwahlen die Sozialdemokraten, dann auch die Konservativen und Nationalliberalen haben, einen sehr bedeutenden Vortheil aber nur die Freijüngern und Antisemiten.

Aus der Statistik der Reichstagswahlen von 1893 theilt die „Nat.-lib. Korresp.“ folgende die landchaftliche Verbreitung der nationalliberalen Partei betreffenden Zahlen mit. Es wurden am 15. Juni 1893 an nationalliberalen Stimmen abgegeben: in Ostpreußen 10 288, in West-

Annahme von Superalen Stollmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greiswald G. Altes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

preußen 5572, Stadt Berlin 5693, Brandenburg 7593, Pommern 496, Posen 30, Schlesien 7736, Sachsen 74 737, Schleswig-Holstein 24 506, Hannover 117 424, Westfalen 79 551, Hessen-Nassau 37 715, Rheinland 93 795 und Hohenzollern nicht, zusammen: Königreich Preußen 465 136, Bayern rechts des Rheins 81 208, Bayerische Pfalz 60 046, zusammen Königreich Bayern 141 254; Königreich Sachsen 49 554, Württemberg 68 621, Baden 84 630, Hessen 55 618, Mecklenburg-Schwerin 7371, Sachsen-Weimar 15 924, Mecklenburg-Strelitz nicht, Oldenburg 12 112, Braunschweig 18 993, Sachsen-Meiningen 5856, Sachsen-Altenburg nicht, Sachsen-Rothburg-Gotha 10 312, Anhalt 22 453, Schwarzburg-Sondershausen 5628, Schwarzburg-Rudolstadt nicht, Waldeck 4061, Kurfürstentum und jüngerer Linie, Schaumburg-Lippe, Lübeck Bremen nicht, Hamburg 9858, Elbsch-Volgbringen, 19 699. Zusammen deutsches Reich 996 980.

Aus Künigsberg und Diepholz wird der sichere Sieg der nationalliberalen Kandidaten gemeldet, ebenso aus Künigsberg (Professor Baasche), in Domburg-Wingenheim (bisher konservativ vertreten) scheint der Antisemit Liebermann v. Sonnenberg durchgedrungen zu sein.

Daß mit dem kleiner Beschlusse der Streit über die Haltung der sozialdemokratischen zur Gewerkschaftsbewegung abgehen sein würde, wird Niemand erwartet haben. In der That veröffentlicht der „Vorwärts“ heute schon wieder die Aufsicht eines süddeutschen Genossen, in der die freie Frage auf neue beprochen wird. Schon in Köln war der Vermittlungsvorschlag gemacht, die Führer der politischen Partei möchten selbst in Gewerkschaften eintreten, und dieser Vorschlag wird jetzt wieder aufgenommen. Durch die Mitarbeit der politischen Führer könnten die unfähigen Elemente aus der Leitung der Gewerkschaften viel wirksamer verdrängt werden, als durch momentane Kritiken. Man kann kaum deutlicher auf den wahren Grund der Abneigung der politischen Partei gegen die Gewerkschaftsbewegung hinweisen, als das hier geschieht. Und diese Abneigung kommt auch in den Randbemerkungen wieder deutlich zum Vorschein, mit denen das Zentralorgan die Aufsicht begleitet. Es wird in ihr auf den großen Augen hingewiesen, den die Gewerkschaften zur Vermehrung der wirtschaftlichen Erkenntnis, vor allem aber als Vorbild für die kommunistische Ordnung der Dinge bieten sollten, in die man sonst „völlig unheimlich“ hinein käme. Darauf erwidert der „Vorwärts“ mit derselben Geringschätzung, die schon Herr Liebermann in Köln gegenüber dem „Gewerkschaftsbund“ an den Tag gelegt hatte: „Der Aufstellung, als ob die Gewerkschaften in der Lage seien, die Leiter des sozialistischen Produktions-Systems auszubilden, müssen wir entschieden entgegenstellen. Die in der sozialistischen Gesellschaft zur Wahrheit werdende Massenproduktion kann logischerweise in den Betrieben, aus denen die gewerkschaftlichen Kreise sich rekrutieren, kein Vorbild finden.“ Dieser neue Wortwechsel befindet das Fortleben der Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den auf eine fortwährende Verbesserung ihrer Lage bedachten Arbeitern und den Leuten mit den Riesenphrasen aufgehen haben, die nur „die großen Ziele jenseits zu besprechen wollen“. Auch der Vorwurf, daß die Betheiligung an den sozialen Verhandlungen in Köln der Kanonisation der Gewerkschaften gewesen sei, wird in der Aufsicht als unbegründet zurückgewiesen. Der Konflikt in Frankfurt sei von einer Reihe von Genossen mit arrangirt worden.

Ueber die Märsche und Kämpfe vor der Einnahme von Bulwago liegt folgender Bericht des „Reichers Bureau“ vor:

Fort Viktoria, 1. November. Am 22. Oktober lagerten die vereinigten Truppen des Fort Charter und des Fort Viktoria an dem Owalo-Fluß. Am Morgen des nächsten Tages setzten sie sich in Bewegung und langten am Abend nach einem angestrengten Marsche an den Ufern des Shangani-Flusses an. Während dieses Marsches wurden von den Späheren verschiedene Gruppen von Matabele gesehen. Sie machten jedoch keinen Angriffsvorstoß, sondern zogen sich in den britischen Truppen zurück. Am 28. Oktober, Nachts schickte Major Forbes Patrouillen aus, die den Infanterie-Korps (das Hauptquartier des Regiments dieses Namens) rekonstruieren sollten. Im Dunkel der Nacht — nach einem Ritte von 18 Meilen — erreichten sie den Straal und fanden, daß der Impi (das Regiment) darin war. Sofort sandten sie Reiter mit dieser Nachricht an den Major Forbes, der darauf Kapitän Wilson mit 100 Kavalleristen mit zwei Magintkanonen abordnete und den Befehl gab, sofort aufzubrechen. Als jedoch Kapitän Wilson den Infanterie-Korps erreichte, fand er ihn völlig leer. Einige wenige Gefangene wurden nachher gemacht. Am 23. Oktober beobachtete eine kleine Truppenabtheilung der Charter-Gesellschaft die Gefangenen, eine Truppe von Matabele kam heran und ein Schirmhülz fand statt. Die Matabele wurden zurückgetrieben. Nachdem die Kolonnen den Fluß Shangani überschritten hatten, kamen sie in ein Gebiet, das voll von Matabeln war. Sie schritten mit großer Vorsicht vor und verbrannten einige militärische Kräfte, die leer waren. Vier Tage lang marschirten sie, ohne daß es zu einem Gefechte kam. Am 31. Oktober jedoch fand die lang erwartete Schlacht statt. Ein Impi, besser Stärke 3000 Mann betru, attackirte die britische Kolonne, während sie im Lager war. Diese war wohl vorbereitet in Vertheidigungsstellung. In ihrem ersten Ansturm gelangten die Matabele innerhalb Schussweite des Feuers vom Lager. Dann kamen sie zum Stillstande. Ein tödliches Feuer strömte aus die dichten Reihen der Matabele ein. Diesem konnten sie nicht lange Widerstand leisten. Sie flohen in den Busch. Verirrte Soldaten wurden nun abgehandelt, um sie aus ihrem Verstecke zu treiben und der ganze Impi befand sich bald darauf in voller Flucht. Wegen der steinigen Natur des Terrains konnte die Kavallerie diesen Flüchtigen nicht mit Erfolg nachsetzen. Obgleich die Schlacht nicht lange währte, waren doch die Verluste auf Seiten der Matabele sehr groß. 500 Krieger wurden von ihnen verwundet oder todt auf dem Schlachtfelde gelassen. Der Verlust auf Seiten der Charter-Gesellschaft bestand aus zwei Todten, einem Verwunden und einem Eingeborenen, und sechs Verwunden.

Potsdam, 4. November. Heute Vormittag fand in dem langen Saal, der mit militärischen Tropfen geschmückt war, die Vereidigung der Rekruten der Garnison Potsdam statt. Der

